

Volkmar Schöneburg

# Rechtspolitik und Menschenwürde

Reden, Aufsätze und Interviews zu  
Geschichte, Verfassung und Strafvollzug

**Welt  Trends**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

**WeltTrends, Potsdam 2014**  
[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

WeltTrends  
MedienHaus Babelsberg  
August-Bebel-Straße 26-52  
D-14482 Potsdam

Tel.: +49 (0) 331 / 721 20 35  
Fax: +49 (0) 331 / 721 20 36  
E-Mail: [verlag@welttrends.de](mailto:verlag@welttrends.de)

Volkmar Schöneburg: Rechtspolitik und Menschenwürde.  
Reden, Aufsätze und Interviews zu Geschichte, Verfassung und Strafvollzug

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.  
© WeltTrends, Potsdam 2014

Produktionsleitung: Tim Haberstroh  
Satz/Gestaltung: pertext  
Druck: docupoint, Magdeburg  
Umschlagabbildung: Aapo Haapanen (CC BY-SA 2.0)

ISBN 978-3-941880-93-1

[bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)  
[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

In Erinnerung an meinen Vater,  
Karl-Heinz Schöneburg.

*„Wenn wir Menschlichkeit wollen,  
müssen wir menschliche Verhältnisse schaffen.“*

Bertolt Brecht

# Vorwort

Im November 2009 gingen SPD und DIE LINKE in Brandenburg erstmals ein Regierungsbündnis ein. Bei der Ressortverteilung fiel das Justizministerium, das zuvor zehn Jahre lang von der CDU geführt worden war, der Linkspartei zu. So kam es, dass das Amt des Justizministers vom November 2009 bis Dezember 2013 durch mich bekleidet wurde. Der vorliegende Band vereinigt Wortmeldungen zu einigen zentralen rechtspolitischen Themen meiner Amtszeit. Dabei wird jedoch nicht alles abgebildet.

Beispielsweise ist es gelungen, mit dem Gerichtsneuordnungsgesetz (2011) alle Amtsgerichtsstandorte für eine bürgerfreundliche Justiz im Flächenland Brandenburg zu erhalten. Daneben engagierte sich Brandenburg für eine Stärkung der Autonomie der „Dritten Gewalt“.<sup>1</sup> Leider scheiterten weiterreichende Regelungen im gemeinsamen Richtergesetz mit Berlin (2011) am Widerstand der Berliner Senatsverwaltung für Justiz. Ein weiteres Problem, das es zu lösen galt, waren die viel zu langen Verfahrenslaufzeiten in der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit. Bei meinen Amtsvorgängern lag die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den verwaltungsgerichtlichen Verfahren, in denen es um den Rechtsschutz

---

1 Vgl. Projektgruppe „Richterliche Selbstverwaltung“, Brandenburgische Erwägungen für eine Stärkung der Autonomie der Dritten Gewalt, in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, 2/2011, S. 119–135.

des Bürgers gegen Maßnahmen der Verwaltung geht, zum Teil bei über 30 Monaten. Sie konnte auf etwa 18 Monate gesenkt werden. Das ist noch kein Spitzenwert, aber gemessen an der Ausgangslage ein Erfolg. Weniger erfolgreich waren die Bemühungen auf dem Feld der Sozialgerichtsbarkeit. Trotz großer Personalverstärkungen sind die Laufzeiten leicht gestiegen. Das liegt daran, dass die Eingangszahlen – insbesondere von Hartz-IV-Klagen – weiter angewachsen sind. Das hat vielfältige Ursachen: Da ist einmal eine ungerechte Gesetzgebung, die noch dazu handwerklich schlecht gemacht ist und viele unbestimmte Rechtsbegriffe aufweist. Daneben gibt es zum Teil mangelnde Professionalität in den Jobcentern bei der Ausstellung der Bescheide. Die Sozialgerichtsbarkeit steht am Ende dieser Kette und soll die vorhergehenden Fehler ausbügeln. Nichtsdestoweniger ist es unbefriedigend, dass wir den Rechtsschutz der Unterprivilegiertesten nicht verbessern konnten. Brandenburg war es jedoch, das Ende 2012 gegen eine durch die Bundesregierung geplante Einschränkung der Prozesskostenhilfe im Bundesrat seine Stimme erhob. Dadurch ist es gelungen, diesen Angriff auf die Waffengleichheit von arm und reich vor Gericht abzuwehren. Daneben engagierte sich Brandenburg für die Aufhebung des externen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften<sup>2</sup> oder für eine umfassende Reform der noch aus der Nazizeit stammenden Tötungstatbestände im StGB<sup>3</sup>. Schleswig-Holstein hatte auf der letzten Justizministerkonferenz (Herbst 2013) eine redaktionelle Änderung des Mordparagrafen gefordert. Brandenburg mahnte zudem

---

2 Vgl. Volkmar Schöneburg, Zum Reformbedarf bei den Staatsanwaltschaften, in: Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg (Hrsg.), Die Zukunft von Staatsanwaltschaft und Polizei in Deutschland, Brandenburg a. d. H. 2013, S. 79–81.

3 Vgl. „Ausfluss der Naziideologie“: Brandenburgs Justizminister Schöneburg über Pläne zur Reform des Strafrechts (Interview), in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 15.11.2013.

eine inhaltliche Reform der Tötungsdelikte an. Ganz in diesem Sinne positionierte sich im Januar 2014 der Deutsche Anwaltsverein. Mittlerweile hat der Bundesjustizminister erste Schritte für eine solche Reform eingeleitet.

Das Buch beinhaltet Beiträge zur Verfassung, zum Strafrecht, zum Strafvollzug und zur Sicherungsverwahrung. Ein zentraler Begriff ist dabei die Menschenwürde, insbesondere die von Minoritäten. Denn diese – ob nun Hartz-IV-Empfänger, „Kriminelle“ oder Homosexuelle – laufen in besonderem Maße Gefahr, diskriminiert und unwürdig behandelt zu werden.

Die hier abgedruckten Landtagsreden sind direkt aus den Protokollen des Landtags übernommen worden. Sie sind frei, ohne Manuskript gehalten worden und spiegeln in gewisser Weise die Atmosphäre der Debatten wider. Alle Texte entstammen meiner Feder und sind ohne Mithilfe irgendwelcher ministerieller „Ghostwriter“ verfasst worden. Mein Dank gilt Dr. Christine Weis, die mir in Strafvollzugsfragen eine unverzichtbare Ratgeberin war. Bedanken möchte ich mich zudem bei Franziska Schneider und Yvonne Noatsch, ohne deren Hilfe dieses Buch nicht entstanden wäre.

Volkmar Schöneburg  
*Potsdam, Juli 2014*

# Inhalt

## Verfassungsfragen | 13

- Verfassungsgebung für Brandenburg | 15
- Der demokratische und soziale Rechtsstaat | 35
- Zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechte Gewalt ist unverzichtbar | 51
- Politik, Demokratie und politische Bildung im Land Brandenburg | 57

## Strafvollzug | 73

- Zeitgemäße Fragen der Resozialisierung von Straftätern oder:  
Wer einmal aus dem Blechnapf frisst | 77
- Rede im Landtag Brandenburg | 95
- Rede im Landtag Brandenburg | 109
- Karl Liebknecht und der Strafvollzug | 117

## Sicherungsverwahrung | 127

- Rechtsstaat und Sicherheit:  
Die Sicherungsverwahrung auf dem Prüfstand | 131
- Rede im Landtag Brandenburg | 149
- Zur Renaissance einer fragwürdigen Sanktion | 161
- Rede im Landtag Brandenburg | 173

## Rechtswissenschaft und Politik | 179

## Juristische Zeitgeschichte | 191

- Sterben um zu leben | 193
- „Der Mann ist doch krank“ – E. H.  
Anmerkungen zur Todesstrafe in der DDR | 201
- Rehabilitierung jetzt! | 205
- Gutachten zu dem Film-Szenarium „Coming out“ (April 1988) | 213
  
- Abkürzungsverzeichnis | 219